

# BERLIN AKTUELL

16. September 2019, Ausgabe 13/2019

*Für Duisburg in Berlin*



BÄRBEL  
BAS

MAHMUT  
ÖZDEMİR



## Impressum

Herausgeber - V.I.S.D.P.:

Mahmut Özdemir, MdB | Bärbel Bas, MdB

Redaktion: Lena Delfs | Martin Deschauer

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

[www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)

[www.oezdemir-fuer-duisburg.de](http://www.oezdemir-fuer-duisburg.de)

Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.



Liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns, dass Ihr Euch unseren aktuellen Newsletter **BERLIN AKTUELL** zur Lektüre genommen habt.

In der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause wurde vor allem der von Olaf Scholz eingebrachte Entwurf des Haushaltes 2020 im Deutschen Bundestag beraten. Bildung, Forschung, die Stärkung von Familien sowie der Klimaschutz seien in diesem Zusammenhang als zentrale Stichwörter zu nennen.

Ebenfalls wichtig ist die geplante Abschaffung des Solidaritätszuschlages für fast 90 Prozent aller derzeit Zahlenden ab 2021. So sollen vor allem kleinere und mittlere Einkommen entlastet werden.

Weitere Themen waren die Zukunft der Arbeit angesichts der fortschreitenden Digitalisierung und Globalisierung, die Stärkung der Pflegeberufe, die Unterstützung der Kohlereviere beim Strukturwandel sowie die Mietpreisbremse.

2

Wir wünschen viel Freude beim Lesen!

Eure

Bärbel Bas

Mahmut Özdemir



## Inhaltsverzeichnis

### TOP-THEMA

#### **HAUSHALT 2020 MIT REKORDINVESTITIONEN UND SOZIALER STÄRKUNG**

Die Sommerpause ist vorbei, das Parlament nimmt seine Arbeit auf. Die erste Sitzungswoche ist die so genannte Haushaltswoche, in der die Abgeordneten in erster Lesung über den Haushaltsentwurf von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) für das Jahr 2020 beraten. Der Entwurf sieht Ausgaben und Einnahmen in Höhe von je 359,9 Milliarden Euro vor. Zum sechsten Mal in Folge ist es damit ein Haushalt, der ohne neue Schulden auskommt – Rekord.

4

### FINANZPOLITIK

#### **SOLI WIRD FÜR FAST ALLE ABGESCHAFFT**

Die Bundesregierung hat auf ihrer Kabinettsitzung am 21. August 2019 einen Gesetzentwurf von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) zum Abbau des Solidaritätszuschlags verabschiedet. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass mehr als 90 Prozent aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler von 2021 an keinen Soli mehr bezahlen müssen.

6

### ARBEIT

#### **RESOLUTION: DIE MENSCHEN STARK MACHEN FÜR DIE ARBEIT VON MORGEN**

Das kommende Jahrzehnt wird zur einem Jahrzehnt der Transformation: Klimawandel, Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Demografie und gesellschaftlicher Wertewandel verändern unser Leben und unsere Arbeit – und es geht immer schneller. Die Abgeordneten der SPD-Fraktion wollen den Wandel, der sich durch Globalisierung und Digitalisierung in der Arbeitswelt vollzieht, sozial gerecht und sicher gestalten.

7 3

### PFLEGE

#### **BESCHLUSS: PFLEGE SOLIDARISCH GESTALTEN**

Es ist sozialdemokratischer Anspruch, dass alle Menschen unabhängig von Herkunft, sozialem Status und Einkommen in jeder Lebensphase gut und würdevoll leben können. Dazu bedarf es einer weiteren Verbesserung der Arbeitsbedingungen, vor allem durch gute Personalschlüssel, verbindliche Tarifverträge und bessere Bezahlung.

8

### WIRTSCHAFT/ENERGIE

#### **SÖREN BARTOL: ÜBERLASSEN DIE MENSCHEN IN DEN KOHLEREVIEREN NICHT EINFACH IHREM SCHICKSAL**

Die Bundesregierung hat am 28. August 2019 das Strukturstärkungsgesetz beschlossen, das sich mit der Zukunft der Kohleregionen befasst. 40 Milliarden Euro werden für die Menschen in der Lausitz wie auch im mitteldeutschen und rheinischen Revier bereitgestellt.

10

### MIETEN/WOHNEN

#### **MIETPREISBREMSE WIRD VERLÄNGERT, MIETSPIEGEL WERDEN REFORMIERT**

Die Koalition hat Ende August im so genannten Koalitionsausschuss nun weitere Maßnahmen beschlossen, um für mehr Wohnraum zu sorgen und zugleich die Mieten bezahlbar zu halten.

11



## TOP-THEMA

# HAUSHALT 2020 MIT REKORDINVESTITIONEN UND SOZIALER STÄRKUNG

Die Sommerpause ist vorbei, das Parlament nimmt seine Arbeit auf. Die erste Sitzungswoche ist die so genannte Haushaltswoche, in der die Abgeordneten in erster Lesung über den Haushaltsentwurf von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) für das Jahr 2020 beraten. An diesem Dienstag hat Scholz seinen Gesetzentwurf eingebacht, nun beginnen die Haushaltsberatungen. Der Entwurf sieht Ausgaben und Einnahmen in Höhe von je 359,9 Milliarden Euro vor. Zum sechsten Mal in Folge ist es damit ein Haushalt, der ohne neue Schulden auskommt – Rekord. Ein Rekord ist auch bei den Investitionen zu melden: Sie steigen im Zeitraum 2020 bis 2023 auf insgesamt 159,4 Milliarden Euro. Das sind 37,7 Milliarden mehr als in der vergangenen Legislaturperiode und bedeuten eine Steigerung um rund 30 Prozent. Keine Bundesregierung hat je mehr für Investitionen ausgegeben!

Außerdem herrscht nach wie vor Rekordbeschäftigung, auch wenn das Wirtschaftswachstum leicht sinkt und dadurch wohl weniger Steuern eingenommen werden können.

## Haushalt für Investitionen und Zusammenhalt

Die Priorität des Haushalts liegt auf dem sozialen Zusammenhalt, dem Klimaschutz und der Gestaltung eines modernen Landes. Der kommissarische SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich erklärt: „Unsere Strategie muss Zusammenhalt, Gestaltungswille und Handlungsfähigkeit sein. Wir brauchen dauerhaft mehr Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Das ist ein langer politischer Weg, den wir bereit sind, Schritt für Schritt zu gehen.“ Die zusätzlichen Investitionen kommen vor allem dem Schienenbereich als klimafreundlichem Verkehrsträger zugute. Mobilität bedeutet Teilhabe. In dem Kontext ist auch der Breitbandausbau mit rund 4 Milliarden Euro für Projekte auf Grundlage eines laufenden Förderprogramms berücksichtigt. Er ist wichtig für die innovativen und global gefragten Unternehmen in Deutschland.

## Mehr für Bildung

Bildung und Forschung behalten hohe Priorität. In den nächsten 4 Jahren sind mehr als 100 Milliarden Euro im gesamten Bundeshaushalt eingeplant. So stehen für den Digitalpakt Schule (5 Milliarden Euro bis 2023) als Anschubfinanzierung 720 Millionen bereit. Hinzu kommen Erlöse in Höhe von knapp 2 Milliarden Euro aus Frequenzversteigerungen. Für das im Koalitionsvertrag vorgesehene Ganztagschulprogramm sind 2020 und 2021 jeweils 1 Milliarde Euro in den Einzelplänen des Bildungs- und des Familienministeriums vorgesehen. Es gibt zudem Leistungsverbesserungen beim BAföG und bei der Aufstiegsfortbildungsförderung.

Für die Jahre von 2021 an kommen ansteigende dreistellige Millionenbeträge für den kürzlich abgeschlossenen Pakt für Forschung und Innovation IV hinzu. Auch der Hochschulpakt wird, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen,



ausgebaut. Die Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung ist außerdem auf dem Weg. Das alle sind Punkte, die auf Druck der SPD-Fraktion gestärkt werden, weil Bildung die beste Garantie für sozialen Aufstieg und für soziale Sicherheit im Wandel der Arbeitswelt ist.

### **Klimaschutz wird eingepreist**

Die Koalition stellt sich ihrer Verantwortung auch beim Klimaschutz – und verstärkt ihre Anstrengungen. Beispiel Kohleausstieg: Der Bund stellt allein bis 2023 insgesamt 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung, um den Strukturwandel in den vom Braunkohleausstieg betroffenen Regionen zu unterstützen. Die Menschen in den Regionen werden nicht allein gelassen. Darüber hinaus arbeitet die Koalition zurzeit an einem Maßnahmenprogramm zur Umsetzung des Klimaschutzplans, welche noch ausstehenden Planung des Energie- und Klimafonds berücksichtigt werden.

### **Familien werden gestärkt**

Der soziale Zusammenhalt ist einer der Kernpunkte des Haushalts. Deshalb gibt es insbesondere für Familien mit kleinen und mittleren Einkommen mehr Geld durch:

- Erhöhung Kindergeld/Kinderfreibetrag,
- Ausgleich der kalten Progression,
- Von 2021 an Abschaffung des Soli für 90 Prozent derer, die ihn heute zahlen,
- 1 Milliarde Euro Finanzhilfen als Programmmittel in den Jahren 2020 und 2021 für den sozialen Wohnungsbau,
- 550 Millionen Euro mehr für Wohngeld inklusive Leistungsverbesserungen im Finanzplanzeitraum.

Mit insgesamt 10 Milliarden Euro fördert die Koalition allein im kommenden Jahr die Eingliederungsleistungen für Langzeitarbeitslose über den sozialen Arbeitsmarkt. Auch in Zeiten von Rekordbeschäftigung und vor dem Hintergrund einer konjunkturellen Abkühlung will die Koalition – ebenfalls auf Druck der SPD-Fraktion – mehr gegen Langzeitarbeitslosigkeit tun.

### **Ablauf**

Wie geht es weiter? Die Bundesregierung hat ihren Haushaltsentwurf vorgelegt. Jetzt starten die Haushaltsberatungen. Die so genannte Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses – also die Nacht, in der der Sack zugemacht wird – findet am 14. November statt. Vom 26. bis 29. November berät dann abschließend der Deutsche Bundestag und beschließt den Bundeshaushalt 2020.



## FINANZPOLITIK

# SOLI WIRD FÜR FAST ALLE ABGESCHAFFT

Die Bundesregierung hat auf ihrer Kabinettsitzung am 21. August 2019 einen Gesetzentwurf von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) zum Abbau des Solidaritätszuschlags verabschiedet. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass mehr als 90 Prozent aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler von 2021 an keinen Soli mehr bezahlen müssen. Millionen Bürger werden so finanziell deutlich entlastet – insbesondere Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen und Familien. Das Gute: Die dann höheren Nettoeinkommen stärken die Binnenkonjunktur, was angesichts der unsicheren Exportlage für Deutschlands Wirtschaft wiederum von großem Nutzen ist. Nicht nur für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entfällt der Zuschlag. Auch viele Selbständige und Gewerbetreibende zahlen ihn künftig nicht mehr. Das setzt Anreize für Investitionen und neue Arbeitsplätze.

### Der wesentliche Inhalt des Gesetzentwurfs:

- Anhebung der Freigrenze für die Einkommensteuer, bis zu der kein Solidaritätszuschlag anfällt, auf 16.956 Euro bzw. auf 33.912 Euro (Einzel-/Zusammenveranlagung). Wer also jährlich weniger als 16.956 Euro an Einkommen- oder Lohnsteuer zahlt, wird künftig den Soli nicht mehr zahlen müssen. Bei zusammen Veranlagten beträgt die Grenze 33.912 Euro. Nach geltendem Recht wird der Zuschlag erhoben, wenn die tarifliche Einkommensteuer den Betrag von 972 Euro bzw. 1944 Euro (Einzel-/ Zusammenveranlagung) übersteigt.
- Anpassung der Milderungszone, so dass das Gesetz bis weit in die Mittelschicht wirkt. Übersteigt die tarifliche Einkommensteuer die Freigrenze, wird der Solidaritätszuschlag nicht sofort in voller Höhe, also mit 5,5 Prozent der Einkommensteuer, erhoben. Stattdessen wird er für rund weitere 6,5 Prozent der Soli-Zahlenden ebenfalls abgesenkt, allerdings bei steigenden Einkommen mit abnehmender Wirkung.

### Keine Steuergeschenke für Millionäre

SPD-Fraktionsvizechef Achim Post stellt klar: „Von einer Komplett-Abschaffung des Soli, so wie es CDU und CSU am liebsten wollen, würden nur noch die absoluten Topverdiener profitieren. Der Vorstandschef eines DAX-Unternehmen käme im Schnitt auf Steuersenkungen von mehr als 140.000 Euro im Jahr. Ein solches milliarden-schweres Entlastungsprogramm für Topverdiener wäre nicht nur höchst ungerecht, es würde den Staat auch Einnahmen kosten, die wir für Investitionen etwa in Bildung und Klimaschutz dringend gebrauchen. Eine Komplett-Abschaffung des Soli ist und bleibt für die SPD-Fraktion daher nur denkbar, wenn sie mit einer Erhöhung der Reichen- und Einkommensteuer für Topverdiener verbunden ist. Steuerentlastungen dürfen nicht dazu führen, dass die soziale Schere in unserem Land noch weiter aufgeht. Stattdessen muss es das Ziel sein, sie zu schließen.“



## ARBEIT

# RESOLUTION: DIE MENSCHEN STARK MACHEN FÜR DIE ARBEIT VON MORGEN

Die Abgeordneten der SPD-Fraktion wollen den Wandel, der sich durch Globalisierung und Digitalisierung in der Arbeitswelt vollzieht, sozial gerecht und sicher gestalten. Niemand soll sich Sorgen vor den Veränderungen machen müssen. Das kommende Jahrzehnt wird zur einem Jahrzehnt der Transformation, also einem Prozess der Entwicklung, vom aktuellen Zustand hin zu einem angestrebten Zielzustand in der nahen Zukunft. Klimawandel, Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Demografie und gesellschaftlicher Wertewandel verändern unser Leben und unsere Arbeit immer schneller. Diese Veränderungen bringen neue Chancen mit sich, aber natürlich auch Sorgen und Ängste. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion am 5. September 2019 ein Positionspapier beschlossen, das sich damit befasst, wie sich dieser Wandel ökonomisch, ökologisch und vor allem sozial gestalten lässt – das ist der Auftrag sozialdemokratischer, progressiver Politik.

### Stärkere Qualifizierungsoffensive

Arbeit ist nicht nur Basis für ein Einkommen. Arbeit ist auch ein wichtiger Baustein für die Selbstverwirklichung und ein Weg zu einem selbstbestimmten Leben. Deshalb kämpft die Sozialdemokratie für eine starke Sozialpartnerschaft, anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen, für ein effektives Arbeitsrecht, einen wirksamen Arbeitsschutz und nicht zuletzt für eine passgenaue Förderung für alle, damit sie ihre eigene Zukunft durch Qualifizierung sowie Fort- und Weiterbildung selbst in die Hand nehmen können.

Die Abgeordneten der SPD-Fraktion fordern in ihrer Resolution eine noch stärkere Qualifizierungsoffensive. Es gibt bereits das von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) auf den Weg gebrachte und vom Parlament beschlossene Qualifizierungschancengesetz, mit dem Mitarbeiter im Rahmen einer Weiterbildungsförderung bezuschusst werden. Außerdem gibt es mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz einen Durchbruch bei der dringend benötigten Einwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten. Damit lassen sich Fachkräfteeinwanderung bedarfsgerecht steuern, die Anerkennung von Abschlüssen erleichtern, gezielte Strategien zur Fachkräftegewinnung entwickeln und Deutschlernen besser fördern.

### Nachhaltige Erwerbsperspektive muss im Auge bleiben

Wir dürfen gerade auch im Wandel nicht auf kurzfristige Vermittlung etwa in schlecht bezahlte oder nicht zukunftsfeste Arbeit setzen, sondern müssen die nachhaltige Erwerbsperspektive im Auge haben. Gleich, ob es Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld oder von Grundsicherungsleistungen sind – in beiden Fällen müssen nachhaltige Qualifizierung und Weiterbildung besser gefördert und mit einem Rechtsanspruch versehen



werden. Die Obergrenze für Weiterbildungsmaßnahmen von 24 Monaten muss in beiden Fällen endlich aufgehoben werden. Arbeitsuchende, die mutig eine größere Weiterbildung in Angriff nehmen, sollten direkt und unbürokratisch unterstützt und auch belohnt werden. Damit sich Menschen Weiterbildung auch leisten können, brauchen sie in dieser Zeit eine ausreichende finanzielle Unterstützung. Für diejenigen, die trotz vielfältiger Unterstützung und Förderung keine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt finden, will die SPD-Fraktion den Sozialen Arbeitsmarkt ausbauen und weiterentwickeln.

## PFLEGE

### **BESCHLUSS: PFLEGE SOLIDARISCH GESTALTEN**

Am vergangenen Freitag hat die SPD-Bundestagsfraktion ein Positionspapier zum Thema Pflege beschlossen. Kern des Papiers sind die zentralen Herausforderungen, wie sich in Zukunft eine würdevolle Pflege gewährleisten und solidarisch finanzieren lässt, wie mehr Personal für den gesamten Sektor Pflege gewonnen und die Arbeit möglichst familienfreundlich und weniger belastend gestaltet werden kann. Es ist sozialdemokratischer Anspruch, dass alle Menschen unabhängig von Herkunft, sozialem Status und Einkommen in jeder Lebensphase gut und würdevoll leben können. Dazu bedarf es einer weiteren Verbesserung der Arbeitsbedingungen, vor allem durch gute Personalschlüssel, verbindliche Tarifverträge und bessere Bezahlung. Ein würdevolles Leben auch bei Pflegebedürftigkeit ist ein sozialpolitisches Versprechen, auf das sich alle Menschen verlassen können müssen.

#### **Eigenanteile begrenzen**

Momentan ist es so: Für alle Kosten, die über den festen Zuschuss der Pflegeversicherung hinausgehen, müssen die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen oder die Kommunen über Sozialhilfe aufkommen. Vor allem in Heimen müssen neben den Eigenanteilen an den Pflegekosten auch die Kosten für Unterkunft und Verpflegung, der Investitionskostensatz und die Ausbildungumlage von den Pflegebedürftigen bezahlt werden. So kommt es zu Gesamtkosten von bis zu 3000 Euro monatlich, die besonders jene überfordern, die lange Zeit auf eine stationäre Pflege angewiesen sind. Das will die SPD-Fraktion aber verändern: Die Weiterentwicklung der sozialen Pflegeversicherung zu einer Pflegebürgerversicherung ist der nächste notwendige Schritt. Nur so kann ihre Finanzierung nachhaltig auf eine solide Grundlage gestellt werden. Bereits heute erbringen private und soziale Pflegeversicherung die gleichen Leistungen. Darum ist eine Zusammenlegung verhältnismäßig unkompliziert möglich. Wenn alle Einkommensgruppen, auch Beamte und Selbstständige, in die gesetzliche Pflegeversicherung einzahlen, verbreitert sich ihre Einnahmeseite erheblich. Das oben genannte bisherige Prinzip will die Fraktion quasi umdrehen: Nicht die Zuschüsse der Pflegeversicherung sind dann gedeckelt, sondern die von den Pflegebedürftigen selbst zu tragenden Eigenanteile für die Pflege. Die darüber hinaus anfallenden, pflegebedingten Kosten übernimmt danach die Pflegeversicherung (ohne Unterkunft, Verpflegung und Investitionskosten). Langfristig kann eine so umgebaute Pflegeversicherung zu einer Pflegekostenvollversicherung weiterentwickelt werden, indem die Höhe





der Eigenanteile nach und nach gegen Null abgesenkt wird. Besonders Menschen, die über einen langen Zeitraum auf eine Pflege im Heim angewiesen sind, sollten entlastet werden.

#### **Die SPD-Bundestagsfraktion fordert:**

- Eine solidarische Pflegebürgerversicherung
- Eine Deckelung der Eigenanteile an pflegebedingten Kosten
- Die Pflegeversicherung auch mit Steuermitteln stabilisieren
- Die Kommunen in ihrer Verantwortung für die Pflege stärken
- Gewinnmaximierung auf Kosten der Pflege beenden

#### **Pflegeprofession stärken**

Pflege braucht Zeit. Nur mit genügend Kolleginnen und Kollegen können Pflegekräfte ihrer Kernaufgabe gerecht werden: würdevolle Pflege leisten, die den individuellen Bedürfnissen der Pflegebedürftigen gerecht wird. Deshalb bedarf es einer Qualifizierungsoffensive für alle Berufsgruppen in der Pflege. Aber gerade die examinierten Fachkräfte müssen in ihrer Professionalität gestärkt werden, denn sie haben eine umfassende Methodenkompetenz, um auch komplexe Pflegeprozesse handhaben und steuern zu können. Arbeitgeber sind gefordert, in die Mitarbeiterbindung zu investieren und Arbeitszeitmodelle zu entwickeln, die mehr Vollzeitbeschäftigung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Dazu gehört zum Beispiel das Ende geteilter Dienste, wo immer das möglich und von der Mitarbeiterschaft gewollt ist. Alle Berufe in der Pflege müssen so bezahlt werden, dass man davon leben, eine Familie ernähren und fürs Alter vorsorgen kann. Egal, ob Pflegekräfte bei einem privaten, einem öffentlichen oder einem freigemeinnützigen Anbieter arbeiten, ob im Süden oder im Osten. Deshalb will die SPD-Fraktion einen guten Tarifvertrag auch in der Pflegebranche auf möglichst hohem Niveau flächendeckend erreichen.

#### **Die SPD-Bundestagsfraktion fordert:**

- Bundesweit verbindliche und bedarfsgerechte Personalschlüssel
- Flächendeckende tarifliche Bezahlung für alle Berufe in der Pflege, die auf den oberen bereits vorhandenen Tarifregelungen aufsetzt
- Mehr Entscheidungsverantwortung für Pflegekräfte
- Weniger Bürokratie, besseres Personal- und Dienstmanagement
- Digitalisierung auch im Pflegebereich fördern
- Starke Interessenvertretung der Pflege



## Pflegende Angehörige entlasten

Bereits heute haben pflegende Angehörige Anspruch auf viele Unterstützungsleistungen. Aber durch die Vielfalt und die flexiblen Kombinationsmöglichkeiten bestehender Angebote entsteht ein sprichwörtlicher Pflegedschungel, der oft nur schwer zu überblicken ist. Die SPD-Fraktion will, dass Beratungsangebote von/in den Gemeinden verbessert und gebündelt werden. Kommunale Pflegelotsen sollen durch präventive Hausbesuche und eine aufsuchende Beratung Betroffene vor Ort unterstützen. Wo Pflegestützpunkte vorhanden sind, sollen die Pflegelotsen dort angesiedelt werden. Wo es keine oder zu wenige Stützpunkte gibt, müssen sie ausgebaut und etabliert werden. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen brauchen eine unbürokratische, wohnortnahe Beratung aus einer Hand.

### Die SPD-Bundestagsfraktion fordert:

- Freistellungsanspruch und Lohnersatzleistungen für pflegende Angehörige äquivalent zur Lebensphase der Elternschaft
- Bessere Beratung durch ein kommunal gestaltetes Pflegelotsenangebot
- Mehr und auskömmlich finanzierte Kurzzeitpflegeplätze
- Förderung innovativer Ansätze in der ambulanten und teilstationären Pflege
- Flexible Nutzungs- und Kombinationsmöglichkeiten vorhandener Angebote
- Bessere und mobile Rehabilitationsangebote für Pflegebedürftige
- Bessere Interessenvertretung für Pflegebedürftige

## WIRTSCHAFT/ENERGIE

### **SÖREN BARTOL: ÜBERLASSEN DIE MENSCHEN IN DEN KOHLEREVIEREN NICHT EINFACH IHREM SCHICKSAL**

Die Bundesregierung hat am 28. August 2019 das Strukturstärkungsgesetz beschlossen, das sich mit der Zukunft der Kohleregionen befasst. SPD-Fraktionsvize Sören Bartol macht klar: Das gesamte Land wird die Kohleregionen in einem Kraftakt unterstützen. Bartol: „Die SPD-Fraktion löst ihr zentrales Versprechen an die Menschen in den Kohlerevieren ein. Wenn die Braunkohleförderung endet, überlassen wir sie nicht einfach ihrem Schicksal. Mit dem Beschluss des Bundeskabinetts wird die Zusage verbindlich zum Gesetz. Darauf können sich die Menschen in der Lausitz wie auch im mitteldeutschen und rheinischen Revier verlassen.“



Das gesamte Land wird die Kohleregionen in einem nationalen Kraftakt unterstützen. Für neue Jobs, neue Schienen- und Straßenanbindungen und Investitionen in Bildung und Forschung werden in den kommenden Jahren 40 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Die SPD-Fraktion lehnt darüber hinausgehende Vorschläge wie eine Sonderwirtschaftszone in den Kohleregionen ab. Sie würde die Menschen in den Kohleregionen mit geringeren sozialen Standards bestrafen, zu einer geringeren Bürgerbeteiligung bei Planungen und zu einem geringerm Schutz der Umwelt führen.“

### MIETEN/WOHNEN

## MIETPREISBREMSE WIRD VERLÄNGERT, MIETSPIEGEL WERDEN REFORMIERT

Bezahlbare Wohnungen zu finden, ist eines der drängendsten Probleme, die die Menschen umtreiben. Die Koalition hat Ende August im so genannten Koalitionsausschuss nun weitere Maßnahmen beschlossen, um für mehr Wohnraum zu sorgen und zugleich die Mieten bezahlbar zu halten.

### Im Einzelnen:

- Der Betrachtungszeitraum für die ortsübliche Vergleichsmiete wird von vier auf sechs Jahre erweitert. Der entsprechende Gesetzentwurf zur Reform des Mietspiegelrechts soll spätestens Ende des Jahres vorliegen.
- Die Mietpreisbremse wird um fünf Jahre verlängert. Die Bundesländer können das per Rechtsverordnung festlegen. Ebenfalls neu auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion: Verstößt der Vermieter gegen die Mietpreisbremse, kann der Mieter oder die Mieterin zu viel gezahlte Miete rückwirkend für einen Zeitraum von 30 Monaten fordern – wenn er oder sie den Verstoß gegen die Mietpreisbremse innerhalb von 30 Monaten nach Beginn des Mietverhältnisses rügt. Bei späteren Rügen soll das entsprechend dem geltenden Recht erst ab dem Zeitpunkt der Rüge Wirkung entfalten. Auch dazu wird der entsprechende Gesetzentwurf noch dieses Jahr vorliegen.
- Die SPD-Bundestagsfraktion hat in der Koalition außerdem durchgesetzt, dass künftig Käuferinnen und Käufer von Immobilien (Wohnung oder Einfamilienhaus) nur noch maximal die Hälfte der Maklerprovision übernehmen müssen. Die Vertragspartei, die den Makler nicht beauftragt hat, schuldet ihren Anteil an der Maklerprovision auch erst, wenn die beauftragende Vertragspartei nachweist, dass sie ihren Anteil gezahlt hat. Der Nachweis kann zum Beispiel durch die Vorlage eines Überweisungsbeleges geführt werden.



- Die Bundesregierung soll, in Absprache mit den Bundesländern, bis zum Ende des Jahres einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Möglichkeit zur Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen reduziert.
- Da Bauland nicht unbegrenzt vermehrbar ist, geht der Bund hier mit gutem Beispiel voran: Dazu wurde die Verbilligungsrichtlinie der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit bereits sichtbaren Erfolgen neu gefasst. Die Koalition hat sich jetzt darauf verständigt, diese Regelungen auch auf Grundstücke des Bundeseisenbahnvermögens zu übertragen. Mit der Deutschen Bahn sollen darüber hinaus Gespräche über die Mobilisierung weiterer Grundstücksflächen aus ihrem unmittelbaren Besitz geführt werden.
- Die Wohnungsbauprämie wird bis Ende 2019 evaluiert. Auf Grundlage der Ergebnisse wird die Koalition die Wohnungsbauprämie attraktiver ausgestalten, um zusätzliche wohnungspolitische Effekte zu erzielen.
- In den Haushaltsberatungen zum Haushalt 2020 wird die Koalition prüfen, ob Spielräume entstehen, zusätzliche Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro für einen Investitionspakt zur Reaktivierung von Brachflächen insbesondere für den preiswerten Mietwohnungsneubau zur Verfügung zu stellen.
- Den Vorschlägen der Kommission für Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik (Baulandkommission) folgend, wird die Bundesregierung ebenfalls noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf zur Änderung des Baugesetzbuchs vorlegen. Durch dieses Gesetz sollen unter anderem die Möglichkeiten für Kommunen zur Schließung von Baulücken verbessert werden, etwa durch eine Weiterentwicklung des Vorkaufsrechts oder durch die erleichterte Anwendung eines Baugebots. Ein Schwerpunkt des Gesetzes wird der ländliche Raum sein. So soll die Außengebietenentwicklung erleichtert und eine neue Baugebietskategorie „Dörfliches Wohngebiet“ eingeführt werden, um den Bedürfnissen des ländlichen Raumes besser entsprechen zu können.

SPD-Fraktionsvizechefin Eva Högl betont: „Jetzt ist die Zeit zu handeln. Mit dem Wohnpaket hat die SPD-Fraktion gestern ein wichtiges Ergebnis erzielt. Wir konnten die Union überzeugen, dass wir für weitere Verbesserungen für Mieterinnen und Mieter mehr tun müssen als im Koalitionsvertrag steht. Wir gehen mit der Einigung auch über die Ergebnisse des Wohngipfels hinaus.“

Auch Sören Bartol, stellvertretender Fraktionschef, ist zufrieden: „Es ist gut, dass wir auch im Baubereich über die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages hinausgehen: Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen bedeuten für Mieterinnen und Mieter häufig Verdrängung und Verlust des sozialen Umfelds. Wir fordern schon längst eine Verschärfung und haben daher auch im Koalitionsausschuss durchgesetzt, dass die Bundesregierung dazu bis Ende 2019 ein Gesetz vorlegt.“